

## **Pressemeldung der Freien Wähler des Main-Kinzig-Kreises**

20.01.2006

### **Freie Wähler wollen Förderstufendiskussion im Kreistag führen**

Als Schlag in das Gesicht der Gründauer Eltern, aber auch des Kreistages des Main-Kinzig-Kreises empfinden die Freien Wähler das geplante Aus für die Förderstufe an der Kinzigtalschule in Lieblos. Für den Fraktionsvorsitzenden Jürgen Heim ist besonders schlimm, dass die Entscheidung ausgerechnet in der Phase des Schuljahres veröffentlicht wird, in der die Eltern der vierten Klassen die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn ihrer Kinder treffen. Jürgen Heim: „Die Unruhe, die in die Schullandschaft getragen wurde, wird sich auf die Wahl der weiterführenden Schule auswirken und die Anmeldezahlen an den Schulen beeinflussen. Dies ist eine akute Bedrohung des Schulstandortes Gründau.“

Die jetzt vom Kultusministerium verfügte Entscheidung steht für die Freien Wähler im völligen Widerspruch zu dem im September 2005 im Kreistag verabschiedeten Schulentwicklungsplan. „Die Förderstufe an der Kinzigtalschule wird beibehalten.“ heißt es dort. Im Sommer 2008 sollten dann die Bemühungen der Kinzigtalschule und der Anton-Calaminus-Schule, ihre Übergänge und Schnittstellen besser aufeinander abzustimmen, bilanziert werden. Dazu Jürgen Heim: „In der Abfassung des Schulentwicklungsplanes war das Staatliche Schulamt als Vertretung des Kultusministeriums vor Ort beteiligt. Wenn dort heute erklärt wird, es habe keine Bestandgarantie gegeben, so ist dies nur die halbe Wahrheit. Das Kultusministerium hat akzeptiert, dass erst 2008 und nur, wenn die Schülerzahlen sich nicht positiv entwickelt haben, eine Veränderung erfolgen sollte.“

Die Freien Wähler haben deshalb zur nächsten Sitzung des Kreistages einen Antrag eingebracht, der sich rückhaltlos hinter die Resolution der Gründauer Gemeindevertretung zur Erhaltung der Förderstufe in Lieblos stellt. Für Jürgen Heim zeigen Zeitpunkt und Eile, mit der das Aus für die Förderstufe verkündet wurde, die ideologische Stoßrichtung der Entscheidung. „Es wäre Zeit gewesen, in Gesprächen mit Eltern und Gemeinde zu einer tragfähigen und allseits akzeptierten Lösung zu kommen. Stattdessen soll ein weiteres Mosaik einer ehemals heiß bekämpften Schulreform entfernt werden. Jetzt ist der Kreis als Schulträger gefordert, dem Kultusministerium ein „So nicht!“ entgegen zu setzen.“